



Die Gestaltung von sicheren Zwischen- nutzungen: Ein Überblick der wissenschaft- lichen Literatur



Dr. Thomas Betschart
Dr. Jonas Hagmann

August 2025



Mehr über das Forschungsprojekt
«Safeguarding Interim Spaces» auf
der Website des Kantons Basel-Stadt

Zwischengenutzte, unbebaute oder informell angeeignete Flächen gewinnen in europäischen Städten zunehmend an Bedeutung. Solche Räume entstehen häufig als Reaktion auf wirtschaftliche Veränderungen oder planerische Unsicherheiten. Sie bieten viel Potenzial für soziale Innovation und städtische Belebung, können aber auch Fragen zur öffentlichen Sicherheit aufwerfen: Einerseits tragen sie zur sozialen Aktivierung bei, was die Sicherheit fördern kann. Andererseits erschweren ihr provisorischer Charakter, unklare Zuständigkeiten, informelle Strukturen und schwer antizipierbare Eigendynamiken die Planung und Implementierung von einheitlichen Sicherheitskonzepten. Im Kontext von Sicherheitsfragen stellen Zwischennutzungen daher ein Spannungsfeld dar: Sie sind sowohl Ausdruck als auch Mitgestalterinnen aktueller sicherheitspolitischer Entwicklungen im städtischen Raum. Dieses Spannungsfeld ist trotz der wachsenden Relevanz von Zwischennutzungen bisher kaum erforscht. Der bestehende Forschungsstand konzentriert sich vorrangig auf klar geregelte, formal strukturierte öffentliche Räume oder auf informelle Siedlungen – Übergangsformen wie die hier behandelten bleiben weitgehend unberücksichtigt.

Im Fokus der vorliegenden Literaturbesprechung stehen vier Themenfelder, die zusammen eine strukturierte Betrachtung des Themas ermöglichen. Erstens wird untersucht, wie Zwischennutzungen in der wissenschaftlichen Literatur definiert werden und welche Formen der planerischen Steuerung – etwa durch Behörden, Eigentümer oder zivilgesellschaftliche Akteure – dabei eine Rolle spielen. Zweitens richtet sich der Blick auf verschiedene räumliche Definitionen von Zwischennutzungen, die danach unterscheiden, wie stark sie formaler Kontrolle unterliegen und in welchem Mass sie in längerfristige Planungen eingebunden sind. Der Aspekt der Temporalität ist hierbei zentral. Drittens, werden theoretische Perspektiven auf das Thema der städtischen Sicherheit erläutert, die aufzeigen können, wie Sicherheit im städtischen Raum gedacht, verhandelt und gestaltet wird. Und viertens analysiert die Übersicht konkrete Sicherheitspraktiken – sowohl formelle Instrumente wie Überwachung oder bauliche Eingriffe als auch informelle Ansätze wie soziale Kontrolle, Selbstorganisation oder nachbarschaftliche Aushandlungsprozesse.

Die Aufarbeitung des akademischen Wissensstands zeigt dabei, dass Sicherheit in diesen Räumen nicht allein durch staatliche Kontrolle, sondern durch ein Zusammenspiel verschiedener Akteure entsteht. Diese reichen von lokalen Initiativen über

Verwaltungen bis hin zu privaten Eigentümern. Dabei geht es nicht nur um praktische Zuständigkeiten, sondern auch um Grundsatzfragen: Wer trägt Verantwortung? Wer hat Mitspracherecht? Und wessen Sicherheit steht im Mittelpunkt? Solche Aushandlungen sind eng mit Fragen sozialer Teilhabe, öffentlicher Wahrnehmung und räumlicher Gerechtigkeit verknüpft. Die vorliegende Literaturbesprechung präsentiert den aktuellen Wissensstand aus Forschungsperspektive und bildet eine Grundlage für die weiterführende Forschung. Sie zeigt, dass insbesondere vergleichende Ansätze, methodische Offenheit und die Einbeziehung neuer Technologien dazu beitragen können, Zwischennutzungen im sicherheitspolitischen Kontext besser zu erfassen. Darin liegt Potenzial für neue Impulse einer sozial gerechten und praxisnahen Sicherheitsplanung.

Dr. des. Thomas Betschart, Dr. Jonas Hagmann

Das Forschungsprojekt «Safeguarding urban Interim Spaces: Understanding the needs, Improving the practices» wurde von der Fondation Botnar (BAG-23-011) unterstützt.

Das Projekt ist bei der Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt angesiedelt.

Aus dem Englischen übersetzt

Kontakt: thomas.betschart@bs.ch

Titelfoto: Roy Bula

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die Konzeptualisierung von Zwischennutzungen	6
3. Zur Einordnung von Zwischennutzungen: Modelle, Kategorien, Spannungsfelder	8
4. Adaptive Sicherheit im urbanen Kontext: Ein Überblick über Ansätze	15
4.1 Theoretische Perspektiven auf urbane Sicherheit im zwischen- genutzten Raum	15
4.2 Informelle und gemeinschaftsbasierte Sicherheitspraktiken	18
4.3 Security by Design: Die Rolle der urbanen Form in intermediären Räumen	20
4.4 Governance als Assemblage	23
5. Fazit: Sicherheit im temporären städtischen Raum – Forschungsbedarf und Ausblick	26
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	29

1. Einleitung

Dieser Bericht fasst den aktuellen Stand der Forschung zu Sicherheit in temporären urbanen Räumen zusammen. Er bietet eine analytische Übersicht zentraler Konzepte, Spannungsfelder und Forschungsperspektiven, die im Rahmen eines Forschungsprojekts der Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt erarbeitet wurde. Die vorliegende Literaturübersicht untersucht, wie städtische Zwischennutzungen in der wissenschaftlichen Literatur konzeptualisiert werden. Ziel ist es, Definitionen, Typologien und Zusammenhänge zwischen Zwischennutzungen und urbaner Sicherheit in der Forschung herauszuarbeiten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Steuerungsmechanismen, die in solchen Räumen zum Tragen kommen. Darunter fallen einerseits formelle Instrumente wie planerische Vorgaben, rechtliche Rahmenbedingungen oder eine verwaltungsseitige Aufsicht, andererseits aber auch informelle Formen der Koordination wie zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse, Selbstorganisation oder sozial vermittelte Kontrolle.

Diese Übersicht bündelt den aktuellen Forschungsstand, benennt zentrale Lücken und legt das Fundament für eine weiterführende Auseinandersetzung mit Sicherheitsaspekten in Zwischennutzungen. Sie ist Teil eines grösseren Forschungsprojekts, das in der kantonalen Verwaltung von Basel-Stadt verankert ist. Das Projekt läuft von 2025 bis 2027 und umfasst unter anderem eine Auswertung praxisbezogener Ansätze sowie vertiefte empirische Fallstudien in der Schweiz und international.

Zwischennutzungen entstehen oft auf brachliegenden oder wenig genutzten Flächen – etwa auf ehemaligen Industriearealen – und werden heute vermehrt als Chance für die Stadtentwicklung wahrgenommen (Oswalt et al., 2013; Madanipour, 2018; Bragaglia & Rossignolo, 2021). Sie stehen exemplarisch für kreative Formen der Raumnutzung und eröffnen neue Möglichkeiten, mit städtischem Raum zu experimentieren. Indem vernachlässigte Orte wieder genutzt und belebt werden, kann öffentlicher Raum gestärkt und soziale Präsenz gefördert werden – was laut einigen Studien auch zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl beitragen kann (Ochoa & Allegri, 2021; Frisk & Loulie, 2021). Gleichzeitig bringen solche Räume Herausforderungen mit sich: Ihre oft provisorische Struktur, unklaren Zuständigkeiten und wechselnden Nutzergruppen erschweren eine formal geregelte Nutzung. Dies wirft Fragen nach Zugänglichkeit, Verantwortlichkeit und der langfristigen Stabilität solcher Orte auf (Autero et al., 2024; Németh & Langhorst, 2014). In der Forschung wird diese Doppelrolle als zentrales Spannungsfeld im Umgang mit Zwischennutzungen beschrieben.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der Literaturüberblick vier Leitfragen:

- Wie werden Zwischennutzungen in wissenschaftlichen Debatten definiert und konzeptualisiert?
- Welche Typologien kennzeichnen diese Räume in Bezug auf ihre zeitliche Begrenzung und institutionelle Einbindung?
- Wie wird städtische Sicherheit in und um Zwischennutzungen verstanden – konzeptionell, räumlich und gestalterisch?
- Welche Formen formeller und informeller Sicherheitsgovernance finden Anwendung und wie sind sie mit Fragen von Kontrolle, Inklusion und Teilhabe verknüpft?

Diese Fragen strukturieren den Aufbau der Literaturübersicht. Abschnitt 2 widmet sich den Definitionen von Zwischennutzungen und beleuchtet deren wissenschaftliche Einbettung. Abschnitt 3 entwickelt eine Typologie solcher Räume entlang längerfristiger planerischer Steuerungsformen und ihrem Grad an formeller Governance. Kapitel 4 thematisiert die Rolle von Sicherheit: Abschnitt 4.1 erläutert theoretische Perspektiven auf urbane Sicherheit, 4.2 behandelt informelle und gemeinschaftsbasierte Sicherheitspraktiken, 4.3 diskutiert räumlich-gestalterische Zugänge und 4.4 analysiert Governance-Mechanismen und sicherheitsbezogene Diskurse im urbanen Raum. Gemeinsam zeigen diese Kapitel, wie die wissenschaftliche Literatur sich Sicherheitsaspekten in Zwischennutzungen sowie deren Verhandlung, Gestaltung und Umsetzung annähert.

Da es bislang kaum Arbeiten gibt, welche Sicherheitsfragen explizit im Kontext von Zwischennutzungen behandeln, greift diese Übersicht bewusst auf Erkenntnisse aus unterschiedlichen städtischen Kontexten zurück. Sie prüft, inwieweit sich diese Ansätze auf zwischengenutzte Räume übertragen lassen, und welche theoretischen wie praktischen Impulse daraus für eine integrierte Sicherheitsplanung entstehen können.

Die abschliessende Synthese (Kapitel 5) verdichtet die bestehende Forschung und bietet einen Einstieg in die fragmentierte und sich entwickelnde Diskussion darüber, wie Sicherheit in solchen Räumen ganzheitlich und inklusiv gestaltet werden kann. Eine integrierte Analyse von

Zwischennutzungen – von Definition und Steuerung bis hin zu sicherheitsrelevanten Praktiken – eröffnet neue Perspektiven für Forschung, Planung, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure.

2. Die Konzeptualisierung von Zwischennutzungen

Temporäre und untergenutzte Räume sind in den letzten Jahren in vielen Städten sichtbar geworden – etwa in Form von brachliegenden Grundstücken, stillgelegten Industriearealen oder ins Stocken geratenen Entwicklungszonen. Solche Leerstellen entstehen jedoch nicht zufällig. Die zyklische Logik der marktwirtschaftlichen Raumentwicklung erzeugt naturgemäss zeitliche Schwankungen: Die Produktion, Verteilung und Nachfrage nach Raum ist eng mit wirtschaftlichen Prozessen verknüpft und unterliegt deren Dynamiken (Harvey, 1985). Phasen von Investitionen und Desinvestitionen – beeinflusst durch Marktmechanismen, politische Entscheidungen oder wirtschaftliche Umbrüche – führen dazu, dass bestimmte städtische Räume temporär brachliegen, auf neue Nutzungen warten oder aufgrund von Spekulation bewusst freigehalten werden. Ein häufiges Beispiel ist die geplante Umnutzung, bei der die Erwartung künftiger Projekte gegenwärtige Investitionen hemmt und zu Planungsstagnation führt (Jacobs, 1970). Auch die Verlagerung oder Umstrukturierung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten kann dazu führen, dass vormals belebte Orte brach fallen. Solche Leerstände lassen sich als Krise der Raumproduktion deuten, bei der das Angebot die Nachfrage übersteigt (Harvey, 1985). Für Jane Jacobs (1970) sind ausgedehnte Leerstände Ausdruck von ökonomischem Versagen, sozialem Rückzug und strukturellen Problemlagen.

Gleichzeitig wurde in der neueren Literatur die Vorstellung zurückgewiesen, dass Zwischennutzungen ausschliesslich als Ausdruck von Mangel oder Versagen zu interpretieren seien (Madanipour, 2018; Oswald et al., 2013). Zwischennutzungen können auch als kreative Reaktion auf strukturelle Veränderungen gedeutet werden – etwa als Aneignung von Freiräumen in Phasen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation. Bereits in der Nachkriegszeit entstanden provisorische Lösungen im Kontext des Wiederaufbaus; spätere Prozesse wie Deindustrialisierung, Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und der Übergang zur Wissensökonomie führten zu einer Zunahme untergenutzter Flächen und zu einem gesteigerten Bedarf an adaptiven Nutzungsformen.

Was zunächst wie spontane Improvisation wirkte, ist in Teilen des globalen Nordens mittlerweile in stadtplanerische Strategien eingebettet. Zwischennutzungen werden heute mit Begriffen wie Kreativität, Flexibilität und Wandel assoziiert (Madanipour, 2018; Andres, 2013; Christmann, 2018). Solche Nutzungen erfüllen unterschiedliche Funktionen: Manche sichern Aktivität in Phasen der städtebaulichen Zwischenzeit (Oswalt et al., 2013; Dubeaux & Sabot, 2018), andere entstehen aus der Zivilgesellschaft heraus und manifestieren sich als Reaktionen auf soziale Marginalisierung und städtische Fragmentierung (Wacquant, 2007). Dabei geht es nicht nur um klar befristete Zeiträume, da sich ebenfalls viele Zwischennutzungen linearen Entwicklungslogiken entziehen (Shaw, 2015). Zwischennutzungen können für Landeigentümerinnen von Vorteil sein, denn sie tragen dazu bei, Leerstand zu vermeiden. Weiterhin bieten sie Nutzenden Zugang zu bezahlbaren Räumen, an denen ausprobiert, gelernt und sozialwirtschaftliches und humanes Kapital aktiviert werden kann (Andres, 2013; Oswalt et al., 2013).

Mit wachsender Akzeptanz sind Praktiken der Aktivierung von Brachflächen oftmals in die formelle Planung überführt worden. Zwischennutzungen sind heute längst zum festen Repertoire städtischer Strategien geworden um räumliche Übergänge zu steuern. Sie dienen zur städtischen Imagepflege, werden für das Standortmarketing instrumentalisiert oder fungieren als Inkubator für investitionsgetriebene Entwicklungen (Bragaglia & Rossignolo, 2021; Madanipour, 2018). Was einst improvisiert, subversiv und informell war, wird zunehmend geplant, offiziell unterstützt und mitfinanziert. Teilweise dienen diese Räume auch dazu, in Phasen von planerischen Unsicherheiten oder Verzögerungen eine formelle Kontrolle zu behalten (Dubeaux & Sabot, 2018). Somit verwischen die Grenzen zwischen temporär und dauerhaft, formal und informell, improvisiert und geplant. Oswalt et al. (2013) sehen darin einen grundlegenden Wandel: Temporäre Räume, lange als randständige Phänomene betrachtet, sind heute fester Bestandteil städtischer Entwicklung. Ihre Rolle im Kontext neoliberaler Stadtproduktion verweist auf veränderte Steuerungslogiken und neue Formen urbaner Gestaltung hin. Dies bringt Chancen wie Risiken mit sich.

Aufbauend auf diese konzeptuellen Überlegungen richtet das nächste Kapitel den Blick auf die Vielfalt von zwischengenutzten Räumen. In der Literatur finden sich zahlreiche Versuche, diese Vielfalt zu systematisieren – je nach Art der behördlichen Einflussnahme, lokalem Kontext, gesellschaftlicher Funktion oder der jeweiligen Form räumlicher Aneignung. Daraus sind in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Begrifflichkeiten entstanden, die temporäre Nutzungsformen anhand ih-

rer zeitlichen Begrenzung, institutionellen Einbindung oder formell-informellen Ausgestaltung ordnen. Dabei zeigt sich, dass Phänomene städtischer Zwischennutzungen nicht klar umrissen sind. Vielmehr handelt es sich dabei um ein dynamisches Feld mit widersprüchlichen Bedeutungen, strategischen Instrumentalisierungen und begrifflicher Unschärfe. Somit lassen sich viele Zwischennutzungen nicht eindeutig klassifizieren, sondern bewegen sich in hybriden Übergangsformen, die situativen Charakter haben und sich schwer typisieren lassen.

3. Zur Einordnung von Zwischennutzungen: Modelle, Kategorien, Spannungsfelder

In der englischsprachigen Literatur haben sich verschiedene Begrifflichkeiten herausgebildet, um die Vielfalt von zwischengenutzten städtischen Räumen zu fassen. Die folgende Übersicht stellt sechs solcher Begriffe vor, die sich teilweise überschneiden, aber unterschiedliche Dynamiken und steuernde Logiken betonen: *Hyperghettoization*, *Makeshift Urbanism*, *Networked Urbanism*, *Adaptive Use*, *Zwischennutzung (Interim Use)* und *Strategic Temporary Urbanism*.

Zwischennutzungen lassen sich nicht entlang einer einfachen Skala von informell zu institutionalisiert einordnen. Deshalb schlagen die Autoren dieser Literaturübersicht vor, sie anhand zweier zentraler Dimensionen zu analysieren: Erstens dem Grad ihrer institutionellen Einbettung und zweitens ihrer zeitlichen Funktion innerhalb eines stadtplanerischen Zyklus – also der Rolle, die sie in einem bestimmten Abschnitt urbaner Transformation einnehmen. Einige Formen entstehen als spontane Aneignungen in Reaktion auf Krisen oder Leerstände, andere werden gezielt von politischen oder wirtschaftlichen Akteuren aktiviert. Im Verlauf können diese Nutzungen vergänglicher Natur bleiben, in dauerhafte Strukturen übergehen oder vollständig in stadtplanerische Strategien integriert werden.

An einem Ende des begrifflichen Spektrums stehen spontane, informelle Aneignungen, die in den Zwischenräumen formeller Stadtplanung entstehen – oft als Reaktion auf ökonomische Krisen, Marginalisierung oder institutionelle Abwesenheit. Der Begriff *Hyperghettoization* (dt. etwa: extrem verdichtete urbane Armutsegregation) beschreibt urbane Kontexte die von extremer Ausgrenzung charakterisiert werden, in denen sich eine soziale Marginalisierung räumlich verfestigt hat und die

sich institutioneller Planung weitgehend entziehen (Wacquant, 2007). Es handelt sich um Räume, die durch soziale Fragmentierung, ökonomischen Ausschluss und politische Vernachlässigung geprägt sind. Sie sind keine Übergangszonen, sondern dauerhaft verfestigte Formen urbaner Unsicherheit, die aus Stigmatisierung, polizeilicher Repression und prekären Ökonomien hervorgehen. Als Beispiel hierfür steht die Situation der South Side von Chicago in den 1980er- und 1990er-Jahren – insbesondere Quartiere wie Bronzeville und North Lawndale –, die infolge von Deindustrialisierung, zunehmender ethnischer Segregation und repressiver Strafverfolgung weitgehend von öffentlicher Infrastruktur und staatlicher Unterstützung abgekoppelt wurden. Auch die Pariser Banlieues, etwa La Courneuve oder Clichy-sous-Bois, wurden im Kontext der städtischen Unruhen von 2005 von Loïc Wacquant (2007) als *hyperghettos* beschrieben – Ausdruck jahrzehntelanger räumlicher Vernachlässigung, Isolation und institutioneller Ausgrenzung. Ähnliche Dynamiken wurden in palästinensischen Flüchtlingslagern (Agier, 2009) aber ebenfalls in ländlichen US-Gemeinden beschrieben, in denen repressive Gefängnisssysteme teilweise grosse Teile der sozialen Infrastruktur ersetzt hat (Eason, 2010). Hyperghettoisierung steht somit nicht für räumliche Desorganisation, sondern für ein dauerhaftes System der sozialen Ausgrenzung, welches auf institutioneller Abwesenheit, symbolischer und diskursiver Entwertung beruht.

Als weiterer Begriff bezeichnet *Makeshift Urbanism* (dt. etwa: provisorischer bzw. improvisierter Stadtgebrauch) dann kleinteilige, improvisierte Nutzungen in übersehenen oder ungenutzten Zwischenräumen der Stadt. Solche Praktiken werden in der Literatur auch als *Pop-up Urbanismus*, *Interstitial Urbanism* oder *Austerity Urbanism* beschrieben. Diese entstehen aus der Notwendigkeit heraus, in städtischen Lücken temporäre Ordnungen zu schaffen. Tonkiss (2013) spricht von der „Haltbarkeit des Vorläufigen“ – dem Versuch, aus dem Bestehenden funktionale, wenn auch nicht langfristig gesicherte Orte zu machen. Beispiele finden sich etwa in Berlin (Prinzessinnengärten), Paris (Saint-Blaise), oder London (in Croydon wurden auf Brachflächen temporäre Cricketfelder für Geflüchtete eingerichtet).

Diesen Projekten gemein ist ihre Fähigkeit, bestehende Planungslogiken zu unterlaufen und alternative Formen urbanen Zusammenlebens zu erproben – gerade dort, wo klassische Stadtplanung ausbleibt oder an ihre Grenzen stösst. Sie entstehen oft aus konkreten Bedürfnissen heraus: Dem Wunsch nach Aufenthaltsräumen, nach sozialem Austausch oder nach gestalterischer Selbstwirksamkeit. Solche improvisierten Eingriffe ermöglichen es, brachliegende oder übersehene Flächen,

oftmals mithilfe einfacher Mittel und hohem Engagement lokaler Akteure in lebendige und nutzbare Orte zu verwandeln.

Gleichzeitig zeigen sich deutliche Verschiebungen: Was einst als Ausdruck subkultureller Praxis oder informeller Selbstorganisation galt, wird zunehmend in städtische Aufwertungsstrategien eingebunden. *Make-shift Urbanism* steht exemplarisch für die Ambivalenz solcher Praktiken: Einerseits eröffnen sie neue Spielräume für Teilhabe, Gestaltung und Aneignung; andererseits besteht die Gefahr, dass sie funktionalisiert werden – als Testfeld für marktorientierte Umstrukturierungen oder als Bühne investitionsgetriebener Aufwertungsprozesse (Vasudevan, 2014; Dovey, 2014).

Der Begriff *Networked Urbanism* (zu dt. etwa sozial vernetzter Stadtraum) beschreibt Formen räumlicher Organisation, die primär über soziale Netzwerke und weniger über formelle Planungsinstitutionen gesteuert werden. Diese entstehen häufig dort, wo staatliche Planung versagt oder wenig präsent ist. Der Terminus betont die Entstehung einer inkrementellen Governance, welche sich über informelle Arrangements manifestiert und durch lokale Führungspersonen, nachbarschaftliche Bindungen oder zivilgesellschaftliche Netzwerke verbunden wird. Beispiele finden sich in informellen Siedlungen wie Mathare Valley in Nairobi, in Teilen von Medellín, in Roma-Gemeinschaften in Südosteuropa oder im «Dschungel» von Calais. Untersuchungen dieser Räume verdeutlichen, dass diese Phänomene nicht auf den globalen Süden beschränkt sind. Vielmehr handelt es sich um eine weit verbreitete Strategie kollektiver Selbstorganisation in Kontexten städtischer Unsicherheit, sozialer Fragmentierung und planungspolitischer Vernachlässigung (Morgner et al., 2020; Kamalipour & Dovey, 2023).

Das Phänomen des *Adaptive Use* (dt. etwa: bedarfsbezogene Nutzung bestehender Räume) umfasst dann temporäre Interventionen, die einen Zwischenstatus zwischen informellen Aneignungen und formell geplanten Zwischennutzungen einnehmen. Solche Nutzungen entstehen häufig in schrumpfenden Städten, auf Brachen oder in wirtschaftlich stagnierenden Quartieren. Beispiele reichen von urbanen Gärten in Detroit über temporäre Installationen in Leipzig bis hin zu gestalterischen Zwischennutzungen in Philadelphia. Die Stadt Leipzig etwa verfolgte mit dem Modell der „perforierten Stadt“ eine Strategie, bei der Leerstellen nicht verdichtet, sondern bewusst für temporäre, oft kulturell oder sozial ausgerichtete Nutzungen freigehalten wurden (Dubeaux & Sabot, 2018). Die beschriebenen Formen zeigen, wie Zwischennutzungen zu einem Werkzeug für adaptive Planung und städtische Resilienz werden

können – unterstützt durch öffentliche Förderung und strategische Einbettung in langfristige Stadtentwicklung.

Der Begriff der «Zwischennutzung» (engl. *Interim Use*) bezeichnet die temporäre Aktivierung von Gebäuden oder Flächen im Rahmen geplanter Transformationen. Ursprünglich in zivilgesellschaftlichen Kontexten entstanden, ist dieser Begriff heute fester Bestandteil der Stadtplanung – etwa um Leerstand zu verhindern, Spekulation zu begrenzen oder städtische Räume während langfristiger Planungsprozesse aktiv zu halten (Oswald et al., 2013; Christmann, 2018). Beispiele wie das NT-Areal oder der Holzpark Klybeck in Basel zeigen, wie Zwischennutzungen zugleich sozialraumbezogene Aneignung und Teil strategischer Planung sein können. Auch Projekte wie die Strandbar Mitte, das Badeschiff oder der Skulpturenpark Berlin Zentrum verdeutlichen die Bandbreite von Zwischennutzungen – von künstlerischen Interventionen bis zu konfliktbehafteten Gentrifizierungsprozessen (Colomb, 2012). Im deutschsprachigen Kontext fungiert der Begriff «Zwischennutzung» häufig als Sammelbezeichnung für unterschiedliche temporäre Nutzungsformen mit teils sehr unterschiedlichen Charakteristika. Er bewegt sich damit in einem Spannungsfeld, das zwischen institutioneller Einbettung und subkultureller Dynamik zu verorten ist.

Strategic Temporary Urbanism (dt. etwa: planerisch gesteuerte Zwischennutzung) beschreibt die am stärksten institutionalisierte Form von Zwischennutzungen. Hier werden temporäre Interventionen gezielt als Instrumente der Stadtplanung eingesetzt – etwa um Übergänge zu gestalten, Investitionen vorzubereiten oder Räume experimentell zu testen. Dabei arbeiten öffentliche Stellen, private Entwickler und kulturelle Akteure oft eng zusammen. Beispiele sind Les Grands Voisins in Paris, Transfert in Nantes oder das Chesterfield House in London – Projekte, die sowohl sozialräumliche Innovation als auch strategische Investitionsförderung kombinierten (Bragaglia & Rossignolo, 2021; Madanipour, 2018). Diese Projekte zeigen, dass temporäre städtische Räume zunehmend zum Instrumentarium für Stadtentwicklungen werden. Als gezielt genutzte Möglichkeitsräume werben diese mit planerischer Offenheit, bereiten aber oftmals langfristige planerische Agenden vor.

Die dargelegte Typologie zentraler Begrifflichkeiten verdeutlicht, dass Zwischennutzungen nicht als starres Kategoriensystem verstanden werden können. Vielmehr bewegen sich diese urbanen Formen entlang eines Kontinuums zwischen Informalität und Institutionalisierung sowie zwischen kurzfristiger Aneignung und strategischer Verstetigung. Sie überlagern sich, verändern sich und entziehen sich einer eindeutigen

Zuordnung. Dennoch bietet die Typologie ein hilfreiches Instrumentarium, um die Vielfalt von Zwischennutzungen besser zu erfassen und ihre Verbindungen zu Fragen urbaner Sicherheit sichtbar zu machen.

Typologie urbaner Zwischennutzungen

Begrifflichkeit	Definition	Zentrale Merkmale	Governance Modelle	Beispiele	Quellen
Hyperghettoization	Räumlich konzentrierte, sozial fragmentierte und politisch vernachlässigte Gebiete fortgeschrittener Marginalität.	Ökonomische Ausgrenzung, territoriale Stigmatisierung, staatlicher Rückzug. Staatliche Repression anstatt proaktive Entwicklung, soziale und diskursive Fragmentierung und Marginalisierung.	Rückzug des Staates, räumliche Eindämmung, neoliberale Arbeitsmarktpolitik, informelle Ökonomien, symbolische Stigmatisierung. Sicherheitspolitik meist ausschliessend, mit Fokus auf Kontrolle statt Schutz.	South Side Chicago (1980er–1990er), Banlieues Paris (2005), palästinensische Flüchtlingslager (ab 1967), US-Gefängnisstädte im ländlichen Raum (2000er)	Wacquant (2007), Agier (2009), Eason (2010)
Makeshift Urbanism/ Interstitial Urbanism/ Pop-Up Urbanism/ Austerity Urbanism	Temporäre, provisorische und kleinteilige Interventionen, die in den Lücken der formellen Stadtplanung entstehen.	Reaktion auf ökonomische Krisen, Kapitalabzug; Nutzung brachliegender oder „übrig gebliebener“ Flächen; oft vereinbart durch Stadtmarketing.	Hybride Struktur zwischen basisorientiertem Aktivismus und kommerzieller Vereinnahmung; Sicherheitsgovernance häufig umstritten mit konkurrierenden Interessen von Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren.	Prinzessinnengärten Berlin (2009–2012), Saint-Blaise Paris (2005–2008), Cricket-Felder in Croydon London (2012)	Tonkiss (2013), Vasudevan (2014), Dovey (2014)
Networked Urbanism in informal Settlements	Selbstregulierende soziale Netzwerke in informellen Siedlungen	Sozial eingebettete Steuerung, Gatekeeper-Strukturen, Ressourcenzirkulation, Informalität, Rückzug des Staates.	Informelle, selbsttragende, gewohnheitsrechtlich fundierte Steuerung. Sicherheit wird weitgehend durch soziale Netzwerke statt durch formelle Polizei	Mathare Nairobi (laufend), Comuna Nororiental Medellín (2000er–2020er), Roma-Siedlungen in Osteuropa, Dschungel von Calais (bis 2016)	Morgner et al. (2020), Kamalipour & Dovey (2023), Kuffer et al. (2023)
Temporary Use for Vacant Land	Zeitlich befristete Nutzung unbauter städtischer Flächen, klar abgegrenzt von dauerhafter Entwicklung. Bedarfsorientiert, entsteht aus, ökonomischer Stagnation, Entvölkerung um Brachflächen zu aktivieren.	Fokus auf wirtschaftliche Belebung und gemeinschaftlich getragene Projekte, oft im Kontext schrumpfender Städte; inkrementell, explizit temporär, krisenbedingt.	Bottom-up-Initiativen, teils durch städtische Stellen unterstützt. Sicherheitsfragen ergeben sich oftmals im Zusammenhang mit Eigentumsverhältnissen – etwa durch Konflikte um Aneignung oder polizeiliche Kontrolle informeller Aktivitäten.	Detroit und Cleveland (2000er–2010er), Begrünnungsprogramme in Philadelphia (2010er), Leipzig 'perforierte Stadt' (2000er), Tempelhofer Feld Berlin (ab 2008)	Németh & Langhorst (2014), Dubeaux & Sabot (2018)
Zwischennutzung/ DIY-Urbanism	Temporäre Aktivierung leerstehender Flächen vor einer langfristigen Entwicklung.	Oft kommunal reguliert mit dem Ziel, städtischen Verfall zu verhindern; zunehmend im Stadtmarketing eingebettet; instrumentalisiert zur	Öffentlich-private Partnerschaften, kommunale Anreize. Sicherheit meist informell, gestützt auf Selbstregulierung und ein gewisses	NT-Areal Basel (1999–2013), Holzpark Klybeck Basel (seit 2014), Strandbar Mitte Berlin (seit 2002), Arena/Badeschiff	Oswalt et al. (2013), Christmann (2018), Colomb (2012), Fabian &

		Investorengewinnung; Gentrifizierung.	Mass an polizeilicher Kontrolle durch kommunale Behörden.	Berlin (2000er), Carlsberg Byen Kopenhagen (2010er)	Samson (2016), Bürgin & Cabane (1999), Berger (2011)
Strategic Temporary Urbanism	Strategischer Einsatz kurzfristiger urbaner Interventionen zur Reaktivierung leerstehender oder untergenutzter Räume	Ursprünglich bottom-up, heute in Stadtpolitik integriert; oft eingesetzt zur Wertsteigerung oder Steuerung planerischer Unsicherheit.	Mischung öffentlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure. Spannungen zwischen Partizipation und Kommerzialisierung; Sicherheitsaufsicht variiert, oft getragen von städtischen Behörden bei gleichzeitiger Kooperation mit privaten Akteuren.	Les Grands Voisins Paris, Transfert-Projekt Nantes	Bragaglia & Rossignolo (2021), Madani-pour (2018)

Diese typologische Aufstellung zeigt, dass der abstrakte Begriff «temporär» nicht zwangsläufig mit «kurzlebig» gleichzusetzen ist. Während manche Projekte rasch enden, bestehen andere deutlich länger als erwartet und verankern sich im städtischen Gefüge (Stevens, 2018; Ferreri, 2021). Dies widerspricht der verbreiteten Annahme, temporäre Nutzungen seien per se vergänglich. Im Gegenteil: Gerade ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit erlaubt es ihnen, auf sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren und durch Rekonfiguration fortzubestehen. Wie Stevens (2018) zeigt, funktionieren solche Projekte oft gerade wegen ihres temporären Charakters als dauerhafte Strukturen.

Zugleich betont die Literatur, dass Temporalität kein neutraler Faktor ist, sondern von Machtverhältnissen durchdrungen wird. Unterschiedliche Akteurinnen - etwa Planungsbehörden, Grundeigentümerinnen oder zivilgesellschaftliche Gruppen - nutzen Zeit strategisch, sei es als Mittel der Kontrolle oder der Spekulation (Tonkiss, 2013; Ferreri, 2021). Obwohl temporäre Nutzungen oft als kreativ oder integrativ dargestellt werden, liegt die Entscheidung über ihre Dauer meist bei jenen, die über Zugriffsrechte und Entscheidungsmacht verfügen. Wer entscheidet also, wie lange ein Zwischenraum existieren darf - und zu welchem Zweck?

Auch die Überführung in institutionelle Strukturen läuft selten linear. Viele Zwischennutzungen entstehen aus Bottom-up-Praktiken und werden im Laufe der Zeit formalisiert. Somit werden sie zu kommunalen Steuerungsinstrumenten, die zwischen gemeinschaftlicher Partizipation und spekulativer Verwertung vermitteln (Christmann, 2018). Damit wird auch die gängige Gegenüberstellung von formell und informell in Frage

gestellt: Zwischennutzungen sind weder vollständig autonom noch vollständig gesteuert - sie sind Orte der Aushandlung zwischen unterschiedlichen Interessen und Akteursgruppen.

Diese Räume sind immer auch in politische Prozesse und Machtverhältnisse eingebettet. So dienen Zwischennutzungen oft ebenfalls dazu, neue städtebauliche und -politische Strategien zu testen, Investitionen anzuziehen oder den Wert von Grundstücken zu steigern (Bragaglia & Rossignolo, 2021). Demgegenüber zeigen die als *Makeshift Urbanism* und *Networked Urbanism* eingeordneten Raumtypen, wie marginalisierte Gruppen sich selbst organisieren, um mit Aspekten städtischer Ungleichheit umzugehen (Tonkiss, 2019; Morgner et al., 2020).

Insgesamt lassen sich Zwischennutzungen als Laboratorien städtischer Governance verstehen. Ihr transitorischer Charakter ermöglicht einerseits politische Experimente (Frisk & Loulie, 2014), macht diese andererseits aber auch für Veränderungen durch äussere Einflüsse anfällig. Ihre Existenz ist eng mit den sich verändernden politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen verknüpft. Die Analyse von Zwischennutzungen erfordert daher eine prozessorientierte und kontextsensitive Perspektive, da sich diese Raumtypen entlang eines Spektrums - von staatlich geförderten Initiativen bis hin zu selbstorganisierten Experimenten bewegen. Einige sind in formelle Strukturen eingebunden, andere basieren auf informeller Steuerung, sozialen Aushandlungen und adaptiver Nutzung (Németh & Langhorst, 2014). Diese Fluidität betrifft auch das Thema Sicherheit. Häufig fehlen einheitliche Kontrollmechanismen, sodass Sicherheitspraktiken ebenfalls das Resultat von hybrider Steuerung, informellen Praktiken und räumlicher Anpassung sind. Viele dieser Projekte beginnen partizipativ und flexibel - eine spätere Formalisierung führt jedoch nicht selten zu stärkerer Regulierung und Überwachung (Ferreri, 2021).

4. Adaptive Sicherheit im urbanen Kontext: Ein Überblick über Ansätze

Die folgende Diskussion geht auf die dritte und vierte leitende Fragestellung dieser Untersuchung zum Forschungsstand über Sicherheit in Zwischennutzungen ein: (3) Welche sicherheitsbezogenen Chancen und Risiken ergeben sich in zwischengenutzten städtischen Räumen und wie werden diese verhandelt? (4) Wie wird Sicherheit in solchen Räumen geregelt, und welche Rolle spielen dabei Kontrolle, Teilhabe und Inklusion?

Abschnitt 4.1 bietet einen theoretischen Überblick über Sicherheitsgovernance in zwischengenutzten Stadträumen und stellt dabei konzeptionelle Zugänge vor, die für Zwischennutzungen besonders relevant sind. Abschnitt 4.2 beleuchtet informelle und gemeinschaftsbasierte Sicherheitspraktiken, die sich dort herausbilden, wo die klassische Polizeipräsenz wenig gegeben ist oder bewusst vermieden wird. Abschnitt 4.3 widmet sich gestaltungsorientierten Strategien wie CPTED (*Crime Prevention Through Environmental Design*) und untersucht, wie räumliche Interventionen Sicherheitswahrnehmung und -verhalten beeinflussen. Anschliessend, analysiert Abschnitt 4.4, wie formelle, hybride und diskursiv geprägte Governance-Modelle die Sicherung und Kontrolle von Zwischennutzungen mitgestalten. In ihrer Gesamtheit zeigen diese Abschnitte auf, dass der Raumtypus Zwischennutzung gängige Dichotomien – formell versus informell, temporär versus permanent, sicher versus unsicher – infrage stellt. Stattdessen erfordert er hybride, adaptive Sicherheitsansätze, die von partizipativer Planung bis hin zu taktischer Planung reichen und sich an verändernde räumliche, soziale und institutionelle Bedingungen anpassen können.

4.1 Theoretische Perspektiven auf urbane Sicherheit im zwischengenutzten Raum

Indem sie ausserhalb klassischer Planungs- und Regulierungsrahmen operieren, stellen Zwischennutzungen etablierte Governance-Systeme infrage. Németh und Langhorst (2014) argumentieren, dass ihr Übergangsweiser Charakter formelle Kontroll- und Verantwortlichkeitsstruk-

turen erschwert – genau jene Strukturen, die für gängige Sicherheitslogiken zentral sind. Gleichzeitig können sie aber auch zur Sicherheit beitragen, indem sie ungenutzte Flächen aktivieren und Risiken mindern, die typischerweise mit Leerstand verbunden sind (Andres, 2013; Desimini, 2015). Wie Desimini (2015) zeigt, bewegen sich temporäre Nutzungen oft ausserhalb formalisierter Planungs- und Verwaltungsstrukturen. Dadurch entstehen Steuerungsformen, die fragmentiert, informell und nicht immer abschliessend geklärt sind. Verstärkt wird dies durch die strukturelle Wahrnehmung solcher Nutzungen als kurzfristig, was Investitionen und integrierte Planung erschwert. In der Folge bleibt Governance meist reaktiv und situativ, geprägt durch aktuelle Erfordernisse anstelle längerfristiger Sicherheitsstrategien. Khilani und Daher (2024) betonen, dass Städte diese Zeitlichkeit auch bewusst instrumentalisieren: Taktische Interventionen – wie Pop-up-Parks oder temporäre öffentliche Räume – dienen nicht nur der Belebung, sondern auch der Prävention von Vandalismus, der Lenkung von Bewegungsflüssen und dem Management von Sicherheitswahrnehmung – ohne repressive Mittel einzusetzen. Solche Massnahmen zeigen, wie Zwischennutzungen als informelles Steuerungsinstrument wirken können.

Trotz wachsender Forschung zu urbaner Sicherheit ist bislang wenig untersucht, wie Zwischennutzungen zur Sicherheit beitragen oder eigene Risiken erzeugen. Es fehlen differenzierte Analysen darüber, welche Dimensionen von (Un-)Sicherheit in solchen Kontexten entstehen und wie sich diese auf verschiedene Nutzende auswirken. Der Grossteil der Literatur richtet sich auf formalisierte Räume wie Parks oder Stadtzentren (z. B. Coaffee, 2004; Németh & Schmidt, 2007) oder auf informelle Siedlungen am Rand der Städte (z. B. Wacquant, 2008; Morgner et al., 2020). Zwischennutzungen bleiben in der Literatur meist aussen vor – nicht, weil sie irrelevant wären, sondern weil sie sich den gängigen räumlichen Kategorien entziehen. Zur Analyse solcher Räume bieten sich unterschiedliche theoretische Perspektiven an. Auch wenn viele davon nicht speziell für temporäre oder informelle urbane Raumtypen entwickelt wurden, helfen sie zu verstehen, wie (Un-)Sicherheit in solchen Kontexten entsteht, verhandelt und gesteuert werden kann.

Henri Lefebvres Theorie der Produktion des Raums (1974) betrachtet den urbanen Raum als sozial konstruiert und umkämpft. Diese Perspektive lässt sich auf Zwischennutzungen übertragen, die zwischen formeller Planung und informeller Aneignung oszillieren. Sie veranschaulichen den Gegensatz zwischen „erdachtem Raum“ (Planung) und „gelebtem Raum“ (alltäglicher Nutzung). Daraus ergibt sich, dass in Zwischennutzungen formale Sicherheitsstrukturen oftmals alleine nicht ausreichen.

David Harveys Konzept des „*Right to the City*“ (2008) kritisiert, dass urbane Steuerung oftmals rein ökonomischen Interessen folgt. Zwischennutzungen können dieser Logik widersprechen, indem sie durch Informalität und Offenheit alternative Nutzungsformen ermöglichen – oder aber, sie verstärken eine bereits bestehende Exklusion: Yiftachels (2009) Raumkonzept der „*grey spaces*“ beschreibt informelle Konstellationen, die zwar Zugehörigkeit, zugleich aber prekäre Verhältnisse schaffen und von Marginalisierung bedroht sind. Sicherheitsmassnahmen in solchen Kontexten wirken nicht neutral: Wie Haselbacher et al. (2024) zeigen, gehen Programme zur Inklusion häufig mit Überwachung einher, etwa gegenüber vulnerablen Gruppen. Demgegenüber können Zwischennutzungen aber auch gleichzeitig inklusiv wirken und als Instrumente städtischer Aufwertung fungieren (Ferreri, 2015; Tonkiss, 2013). Beides ist situativ betrachtet möglich.

Die *Urban Regime Theory* (Van Ostaaijen, 2023) verweist darauf, dass urbane Sicherheit selten zentral gesteuert wird. Vielmehr verhandeln öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsame oder konkurrierende Interessen. Gerade in zwischengenutzten Räumen mit unklarer Zuständigkeit entstehen Sicherheitsmassnahmen oft durch eine Mischung aus formeller Politik, informeller Abstimmung und situativer Praxis. Die Frage bleibt: Wer profitiert von diesen Arrangements und wer bleibt ausgeschlossen?

Weitere Perspektiven verstehen Sicherheit als relational und prozesshaft. Foucaults Konzept der Gouvernementalität (1978) zeigt, wie Kontrolle in Planung, Diskurs, Alltag und soziale Praktiken eingebettet ist. Wacquants Theorie fortgeschrittener Marginalität (2008) macht deutlich, dass Sicherheitsmassnahmen in prekarisierten Kontexten oft zur räumlichen Eindämmung beitragen. Haselbacher et al. (2024) sowie Frisk & Loulie (2021) beschreiben, dass auch temporäre Räume über Design, situative Normen oder rechtliche Grauzonen aktiv gesteuert werden. Saskia Sassen (1991) beschreibt, dass provisorisch und temporär geplante Räume oft an den Rändern von Städten entstehen, die in kapitalintensive Wirtschaftsbereiche eingebettet und global verflochten sind. Jane Jacobs (1961) betont die Bedeutung sozialer Kontrolle durch Nachbarschaft und Beobachtung – ihre Thesen lassen sich auch auf selbstorganisierte Zwischennutzungen übertragen. Doreen Massey (2005) versteht Raum als Produkt vielfältiger Beziehungen, was die These stützt, dass Sicherheit das Ergebnis von Aushandlungen zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen ist.

Die Assemblage-Theorie (McFarlane, 2011) bietet einen besonders geeigneten Zugang: Sie versteht Governance als dynamisches Zusammenspiel heterogener Elemente – etwa Behörden, Eigentümerinnen, Sicherheitsakteuren, Nutzenden, Technologien und Wissen (Hagmann, 2017). Gerade in Räumen mit fragmentierter Verantwortung und begrenzter Dauer zeigt sich Sicherheit nicht als stabiles Regime, sondern als situativer und oft asymmetrischer Prozess (Fawaz et al., 2012).

Insgesamt verdeutlichen diese theoretischen Perspektiven, dass Sicherheit in zwischengenutzten Räumen nicht nach linearen Prozessen entsteht, sondern stark mit informellen Praktiken, zeitlicher Offenheit und vielschichtigen Steuerungsformen verflochten ist. Das folgende Kapitel geht der Frage nach, wie solche Sicherheitsformen konkret gelebt, gestaltet und verhandelt werden.

4.2 Informelle und gemeinschaftsbasierte Sicherheitspraktiken

In provisorischen und zwischengenutzten städtischen Kontexten spielen gemeinschaftsbasierte und informelle Formen der Sicherheitsorganisation eine zentrale Rolle – teils wichtiger als klassische Polizeipräsenz. Ein grosser Teil der empirischen Literatur zu diesen Praktiken fokussiert auf kreative Zentren, kulturelle Initiativen, selbstverwaltete Räume und zivilgesellschaftliche Interventionen, die in Phasen des Leerstands oder der städtebaulichen Transformation entstehen (Colomb, 2012; Ferreri, 2021; Lara-Hernandez et al., 2018). Die beschriebenen Bereiche weisen zentrale Gemeinsamkeiten auf – insbesondere in Bezug auf ihren provisorischen Charakter, nicht-institutionelle Strukturen und eingebettete Steuerung. Solche Räume setzen häufig auf selbstregulierte Normen, bei denen Beteiligte gemeinsame Erwartungen etablieren, die zur alltäglichen Sicherheit beitragen. Hernberg (2017) hebt die Rolle städtischer Praktikerinnen – insbesondere von Architektinnen – als Vermittelnde hervor, welche die Brücke zwischen informeller Nutzung und formeller Aufsicht bauen können. Wie Colomb (2012) beschreibt, sind kreative städtische Aktionsräume auf kooperative Verwaltung und informelle Regeln angewiesen, um ein Gefühl von Inklusion und Sicherheit zu erzeugen.

Die kritische Sicherheitsforschung im städtischen Kontext betrachtet das Sicherheitsregime in Übergangsräumen häufig als eine Art Ausweitung von Kontrolle (Klauser & Giulianotti, 2010; Coward, 2009). Prakti-

ken, so wie sie oft in Zwischennutzungen üblich sind, vermögen es jedoch dieser Perspektive zu widersprechen. Die eingeführten Instrumente zur Förderung von Sicherheit dienen im Kontext von Zwischennutzungen nicht zwangsläufig zu Ausgrenzung. In manchen Fällen ermöglichen sie längerfristige Sicherheitskulturen, die auf Vertrauen und Beteiligung basieren. Neu entstehende Netzwerke tragen mitunter zu Sicherheitsmodellen bei, die sich über die temporären Interventionen hinaus verstetigen. Dies wirft die Frage auf, wie sich informelle Sicherheitsarrangements im Zeitverlauf entwickeln: Verfestigen sie sich zu restriktiven Strukturen, oder eröffnen sie Wege zu inklusiven und tragfähigen Sicherheitsmodellen (Hagmann & Kostenwein, 2021)?

Die Forschung zu Zwischennutzungen in Berlin zeigt, dass ausgehandelte, vertrauensbasierte Strukturen die soziale Ordnung durch informelle Vereinbarungen und unausgesprochene Normen stützen können. Colomb (2012) warnt allerdings, dass solche Mechanismen unbeabsichtigt das Potential bergen, einzelne Nutzergruppen auszuschliessen – insbesondere, wenn dominante Nutzergruppen den Zugang regulieren und die Beteiligungskultur prägen. Weiterhin ergänzt Stevens (2018), dass der Übergang in die formale Planung die partizipative Grundlage solcher Räume gefährden kann. Mit der Institutionalisierung verändern sich die Steuerungsmodelle häufig – weg von Inklusion hin zu Effizienz oder *Urban Branding*, was sich auch auf das Verständnis von Sicherheit und auf die Logik einer Kontrolle bezüglich Partizipation auswirken kann. Ferreri (2021) analysiert diesen Wandel am Beispiel Londons: Dort wurden informelle Sicherheitspraktiken in temporären Räumen sukzessive formalisiert, als diese in städtische Aufwertungsstrategien eingebunden wurden. So begann etwa „Pop Brixton“ als bottom-up-Initiative, die jedoch später in die Stadtentwicklungsstrategie integriert wurde, was den Zugang erschwerte und die soziale Funktion des Projekts veränderte – weg von Offenheit und Inklusion, hin zu Gentrifizierung. Weiterhin zeigt Ferreri (2021) ebenfalls auf, dass auch vertrauensbasierte, informelle Sicherheitsstrukturen nicht frei von Hierarchien sind: Selbst in künstlerisch geführten Räumen kann es zu Exklusion kommen, wenn soziale Netzwerke den Zugang bestimmen, obwohl in der Öffentlichkeit ein Bild der Offenheit und Inklusion vermittelt wird.

Lara-Hernandez et al. (2018) stellen klar, dass nicht alle temporären Nutzungen informell sind. Manche – wie bewilligte Pop-up-Märkte oder regulierter Strassenverkauf – verbinden formale Genehmigung mit nutzergetragener Aufsicht. Die Studie zeigt, wie hybride Governance-Modelle informelle Dynamiken innerhalb institutioneller Kontexte bewahren können. Zudem fördern temporäre räumliche Aneignungen ein informelles Verständnis von Eigentümerschaft, was ebenfalls zur Förderung von

lokalen Sicherheitsstrukturen beitragen kann. Jayne und Hall (2019) untersuchen vergleichbare Muster in formalisierten „Guardian“-Wohnmodellen, bei denen Menschen temporär leerstehende Gebäude bewohnen, um Besetzung und Vandalismus zu verhindern. Diese Orte beruhen vermehrt auf kollektiven Normen statt auf formeller Durchsetzung gängiger Sicherheitsprinzipien, bieten jedoch kaum rechtlichen Schutz. Die Lebensbedingungen sind oft prekär und der Zugang zu Wohnungen hängt vielfach von sozialem Kapital ab.

Van de Pas et al. (2022) zeigen, wie informelle Sicherheitspraktiken durch übergeordnete politische Interessen geprägt werden. Temporäre Steuerungsformen werden oft dann toleriert, wenn sie mit stadtentwicklungspolitischen Zielen übereinstimmen – und aufgelöst, sobald sie als störend wahrgenommen werden. In Amsterdam etwa wurden ehemals akzeptierte Besetzungsmodelle als pragmatische Eigentumspflege verstanden, später jedoch in die formale Wohnungspolitik integriert. In Paris wurden selbstorganisierte, sicherheitsfördernde Migrantinnenlager gewaltsam aufgelöst. Auch in Berlin zeigt sich diese Selektivität: Von Geflüchteten initiierte Projekte wurden unterdrückt, während andere kulturelle Initiativen kulturpolitisch vereinnahmt wurden (ebd.). Diese Fälle verdeutlichen, dass Machtverhältnisse darüber entscheiden, welche informellen Sicherheitsmodelle operativ legitimiert werden. Das Sicherheitsmanagement in Zwischennutzungen ist adaptiv und kontextspezifisch. Vertrauen, Flexibilität und informelle Kooperation spielen dabei eine zentrale Rolle, sind jedoch anfällig für politischen Druck. Was als autonome Sicherheitsform beginnt, kann formalisiert, vereinnahmt oder unterdrückt werden. Auch informelle Sicherheitssteuerung ist nicht neutral: Je nach Machtkonstellation begünstigt sie inklusive oder exklusive Dynamiken.

4.3 Security by Design: Die Rolle der urbanen Form in intermediären Räumen

Städtische Sicherheit ist eng mit der physisch gebauten Umwelt verknüpft. Während sich bestehende Forschungsarbeiten meist auf permanente Stadträume konzentrieren, stellen zwischengenutzte Räume – geprägt von Fluidität, Temporalität und adaptiver Steuerung – besondere und kontextspezifische Herausforderungen dar. Die meisten Studien zu räumlicher Sicherheit, insbesondere jene im Kontext von CPTED (Crime Prevention Through Environmental Design) und der „Defensible Space“-Theorie, befassen sich mit Wohnquartieren, Parks

oder kriminalitätsbelasteten öffentlichen Räumen in dauerhaft genutzten Stadtteilen (Newman, 1973; Coaffee, 2004; Nemeth & Schmidt, 2007). Diese Kontexte unterscheiden sich grundlegend von Zwischennutzungen, deren räumliche Gestaltung sich dynamisch an temporäre Aktivitäten anpasst und deren Steuerung häufig instabil und unständig ist. Angesichts der begrenzten Literatur zu Sicherheit in solchen Räumen greift dieses Kapitel auf allgemeinere sicherheitsbezogene Stadttheorien zurück und prüft deren Anwendbarkeit auf temporäre städtische Gegebenheiten.

Newmans „Defensible Space“-Theorie (1973) ging davon aus, dass Kriminalität durch räumliche Gestaltung eingedämmt werden kann. Sie baut auf früheren Überlegungen von Ray Jeffery (1971) auf, der das Zusammenspiel von Individuen und ihrer Umwelt betonte. Jefferys Ansatz integrierte neben der physischen Umwelt auch biologische und psychologische Komponenten – mit dem Ziel eines ganzheitlichen Verständnisses menschlichen Verhaltens im Raum. Alice Coleman (1985) erweiterte Newmans Überlegungen und argumentierte, dass unklare räumliche Grenzen Aspekte der Unsicherheit fördern. Jacobs & Lees (2013) betonen, dass Colemans Fokus auf strukturierte Gestaltung besonders im London der 1980er-Jahre wirksam war. Während Colemans Arbeit vor allem auf die Ebene von Wohnsiedlungen zielte, übertrugen spätere Studien diese Logik auf gesamtstädtische Massnahmen. Coaffees (2004) Analyse der „*Rings of Steel*“ in London zeigt, wie räumliches Design Zugangsbeschränkungen und Überwachung verankert. Ursprünglich als temporäre Reaktion auf terroristische Bedrohungen eingeführt, wurden solche Massnahmen häufig verstetigt. Ähnlich zeigen Autero et al. (2024), dass sicherheitsbezogene Interventionen bei Grossereignissen wie Sportanlässen in Städten wie Tampere längerfristige Steuerungsstrukturen prägen können.

Dem gegenüber steht Jane Jacobs' (1961) These, dass urbane Sicherheit primär durch soziale Interaktion im öffentlichen Raum entsteht. Ihrer Beobachtung zufolge tragen durchmischte Quartiere mit hoher Fussgängerfrequenz zur sozialen Kontrolle und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls bei. Kevin Lynch (1960) verband Sicherheit mit räumlicher Lesbarkeit, während Jakaitis (2015) mittels GIS-Analysen zeigte, dass weniger vernetzte Räume mit höherer Kriminalität korrelieren. Diese Einsichten legen nahe, dass Zwischennutzungen von Gestaltungsprinzipien profitieren, die Sichtbarkeit und Zugänglichkeit fördern, ohne Offenheit einzuschränken. Zusammengefasst deuten die betrachteten Theorien darauf hin, dass solche Räume eine sorgfältige Balance zwi-

schen Struktur und Flexibilität erfordern. Während klassische Sicherheitsansätze auf Kohärenz und Abgrenzung setzen, bedürfen Zwischennutzungen nutzerzentrierter und adaptiver Lösungen.

Ein einflussreicher Ansatz sicherheitsbezogener Gestaltung ist das CPTED-Konzept, im deutschen Sprachraum auch als «städtebauliche Kriminalprävention» bekannt. Das Konzept zielt darauf ab, durch technisch und landschaftsarchitektonische Gestaltung Kriminalität zu verringern und das Sicherheitsempfinden zu stärken, indem die gebaute Umwelt das Verhalten von Menschen lenkt (CPTED Canada, o. J.). Diese Perspektive bildet den Rahmen zur Frage, wie sich sicherheitsbezogene Interventionen – insbesondere im partizipativen und kontextspezifischen CPTED-Verständnis – auf temporäre und zwischengenutzte Räume übertragen lassen. Nemeth & Schmidt (2007) untersuchten in New Yorker Parks, wie Gestaltungsmassnahmen räumliches Verhalten prägen und unterschieden zwischen inklusiven und restriktiven Elementen. Sie stellten fest, dass übermässige Sicherheitsinfrastrukturen – etwa durch Überwachung, Zugangsbeschränkungen oder unklare Regeln – soziale Interaktion hemmen und marginalisierte Gruppen ausschliessen können. Diese Kritik ist besonders relevant für Zwischennutzungen, deren Funktion oft auf Offenheit und Vielschichtigkeit beruht. Auch Autero et al. (2024) beobachten, dass top-down implementierte Sicherheitsmassnahmen in temporären Umgebungen oft auf geringe gesellschaftliche Legitimität stossen. Galdini (2020) warnt, dass zu starre Eingriffe das experimentelle Potenzial temporärer Orte einschränken können. Frisk & Loulie (2021) zeigen ebenfalls, dass für zwischengenutzte Gebiete in London und New York, eine zu rigide sicherheitsorientierte Gestaltung – etwa durch Kontrollpunkte, Videoüberwachung oder restriktive Möblierung – Prozesse sozialer Exklusion befördern können. Die intendierte Wirkung führt somit zu einer eingeschränkten Zugänglichkeit und reduzierter informeller Nutzung, was sich besonders für vulnerable Gruppen negativ auswirkt. Diese Befunde werfen die grundsätzliche Frage auf, wie sich Sicherheitsstrategien vermeiden lassen, die bestehende Ausschlussmechanismen verstärken. Die Weiterentwicklung des CPTED-Ansatzes bietet hierfür einen Ausgangspunkt: Während die Konzepte der ersten CPTED-Generation auf Überwachung und Kontrolle setzten, betonen spätere Weiterentwicklungen des Konzepts Aspekte wie soziale Kohäsion, Partizipation und lokale Verankerung (Cozens & Lowe, 2015). Erfahrungen aus Australien zeigen, dass rigide Umsetzungen – wie eingezäunte Flächen oder gated communities – Kriminalität eher verlagern und durch fehlende soziale Kontrolle neue Unsicherheiten erzeugen können (Cozens, 2011). Partizipa-

tive Strategien, bei denen Nutzende räumliche Massnahmen mitgestalten, fördern hingegen Vertrauen, verbessern das Sicherheitsgefühl und unterstützen die soziale Interaktion.

Einige Fallbeispiele verdeutlichen die Relevanz solcher adaptiven Ansätze im Kontext von Zwischennutzungen: In Berlin-Friedrichshain dokumentierte Ikeda (2018), wie bessere Beleuchtung und klare Sichtachsen sowohl die Sicherheit als auch die soziale Interaktion verbesserten. In Sydney stärkten gemeinsam entwickelte Lichtinstallationen das Sicherheitsgefühl (Duarte et al., 2011). In Cheonan (Südkorea) förderte die Kombination aus Begrünung, öffentlicher Kunst und fussgängerfreundlicher Gestaltung soziale Bindungen (Seo & Lee, 2017). Diese Beispiele zeigen eine empirische Verschiebung hin zu kontextsensiblen und flexiblen Anwendungen des CPTED-Ansatzes.

Zusammenfassend macht die Literatur deutlich, dass Zwischennutzungen aufgrund ihrer temporären, informellen und dynamischen Charakteristika spezifische Anforderungen an räumliche Sicherheitsstrategien stellen. Statt auf starre Modelle zu setzen, betonen erfolgreiche Ansätze Anpassungsfähigkeit, visuelle Klarheit, partizipative Planung und Reversibilität. Diese Prinzipien – abgeleitet aus theoretischen und empirischen Arbeiten – bilden eine konzeptionelle Grundlage, um Sicherheit in Räumen zu gestalten, die nicht statisch, sondern von wandelnden räumlichen und sozialen Beziehungen geprägt sind. Besonders hervorzuheben ist dabei der integrative Charakter gestalterischer Massnahmen, die physische und soziale Dimensionen verbinden. Die Befunde zeigen: Zwischennutzungen sind keineswegs inhärent unsicher – im Gegenteil: Ihre Offenheit kann alternative Formen räumlicher Ordnung und sozialer Kontrolle ermöglichen, die durch gemeinschaftliche Verantwortung zur Sicherheit beitragen.

4.4 Governance als Assemblage

Governance-Strukturen spielen eine zentrale Rolle in der Gestaltung urbaner Sicherheit. Coward (2009) beschreibt die vernetzte Stadt als Ort, an dem Sicherheit durch interdependente Arrangements entsteht – unter Beteiligung städtischer Behörden, privater Sicherheitsfirmen und

kommerzieller Akteurinnen. Diese Akteure verwalten gemeinsam Infrastrukturen und Risiken und erzeugen damit fragmentierte, aber funktional koordinierte Sicherheitsmechanismen. Zwischennutzungen weichen jedoch oft von dieser Logik ab, da sie nicht vollständig in Sicherheitsnetzwerke integriert sind. Sie befinden sich an den Rändern institutioneller Steuerung, wo oftmals keine Instanz eindeutig für Sicherheitsthemen verantwortlich ist. Da temporäre Räume häufig in regulatorischen Grauzonen operieren – etwa bei unklarer Eigentümerschaft oder fehlender Zuständigkeit (Khilani & Daher, 2024) – entsteht ihre Governance durch Aushandlung zwischen Verwaltung, Eigentümerschaft, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und öffentlichen Diskursen. Dies wirft die Frage auf, ob Sicherheitsgovernance auch ohne formale Netzwerke oder institutionelle Einbindung tragfähig sein kann.

Forschung zu Governance-Modellen von temporären städtischen Räumen zeigt, dass Städte unterschiedliche Ansätze verfolgen – von *laissez-faire*-Strategien zur Förderung zivilgesellschaftlicher Innovation bis hin zu strikten Regulierungen im Sinne langfristiger Stadtentwicklungsziele (Dubeaux & Cunningham Sabot, 2016). In schrumpfenden Städten wie Leipzig oder Halle wurden temporäre Nutzungen gezielt als Teil von Revitalisierungsstrategien eingesetzt – etwa zur Aktivierung brachliegender Flächen oder zum Test neuer Nutzungsformen bei gleichzeitiger Beibehaltung planerischer Flexibilität. Die Steuerung bleibt dabei bei der Stadt, die sich die Möglichkeit vorbehält, im Zuge späterer Entwicklungen Kontrolle wieder stärker auszuüben (Dubeaux & Sabot, 2018). Khilani & Daher (2024) beschreiben diesen zyklischen Umgang als «tactical urbanism», durch den Städte neue Governance-Ansätze erproben, Rückmeldungen der Nutzenden aufnehmen und ihre Regulierungen schrittweise anpassen können. Dieses Modell beruht auf einem schrittweisen Lernprozess in der Governance: Temporäre Interventionen ermöglichen es Städten, neue Ansätze zu testen, Rückmeldungen der Nutzenden aufzunehmen und ihre Regulierungen im Laufe der Zeit anzupassen (ebd.).

Frisk & Loulie (2021) zeigen in ihrer vergleichenden Analyse von Paris und Nantes, dass die Governance von Zwischennutzungen politische und wirtschaftliche Zielsetzungen widerspiegelt. In Paris – etwa bei Les Grands Voisins – steht inklusive Planung und soziale Innovation im Vordergrund, getragen von zivilgesellschaftlichen Trägern und NGOs. Temporäre Projekte werden hier als urbane Labore verstanden. In Nantes hingegen, insbesondere im Fall der Île de Nantes, dominieren immobilienbezogene Interessen und Vermarktungsstrategien. Hier werden temporäre Nutzungen gezielt als Imageinstrumente genutzt, begleitet von zentralisierter Steuerung und Sicherheitsmassnahmen. Diese

Kontraste verdeutlichen, wie unterschiedliche Governance-Strukturen temporärer Räume ausgestaltet sein können. Je nach institutionellem Kontext können sie partizipative Stadtentwicklung fördern oder top-down Rauminteressen absichern.

Governance in Zwischennutzungen wird jedoch nicht nur durch formale Politik, sondern ebenso durch Diskurse über Sicherheit geprägt – insbesondere durch die öffentliche Wahrnehmung und mediale Rahmung. Stephen Graham (2012) betont, dass städtische Sicherheit nicht nur durch physische Eingriffe definiert wird, sondern wesentlich durch diskursive und politische Prozesse, die bestimmen, welche Räume von der Öffentlichkeit als sicher oder unsicher wahrgenommen werden. Sicherheitsdiskurse orientieren sich häufig an spezifischen politischen oder wirtschaftlichen Interessen. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Reitschule in Bern – ein kultureller und politischer Raum, der in Schweizer Medien und Debatten immer wieder als unsicher und kriminell gerahmt wird. Solche Narrative befeuern Forderungen nach Überwachung oder Schliessung – obwohl der Ort zugleich als kreativer und politischer Ausdrucksraum funktioniert. Bänninger, Krönkvist & Mäder (2015) zeigen, wie alternative oder selbstverwaltete Räume besonders dann zur Zielscheibe werden, wenn sie mit dominanten Branding-Strategien oder Investitionslogiken kollidieren. Dies bestätigt Grahams (2012) These, dass Sicherheit in städtischen Räumen ebenso sehr durch Wahrnehmung wie durch materielle Kontrolle definiert wird. Die Frage lautet daher auch: Wie werden solche Diskurse genutzt, um bestimmte Praktiken im öffentlichen Raum zu delegitimieren – und wie können Zwischennutzer darauf reagieren, indem sie ihre Rolle in der Stadtentwicklung selbstbewusst beanspruchen?

Die Literatur zeigt damit, dass Sicherheit in Zwischennutzungen weder allein staatlich produziert noch rein informell ausgehandelt wird – sondern im Zusammenspiel unterschiedlicher Governance-Logiken und diskursiver Rahmungen entsteht.

5. Fazit: Sicherheit im temporären städtischen Raum – Forschungsbedarf und Ausblick

Die vorliegende Literaturübersicht hat die vier zentralen Forschungsfragen anhand der Beziehung zwischen temporären urbanen Räumen und städtischer Sicherheit untersucht. Ausgangspunkt war die konzeptionelle Fassung von zwischengenutzten Räumen als räumlich-institutionelle Konfigurationen, die durch Fluidität, Temporalität und Aushandlungsprozesse gekennzeichnet sind und sich von konventionellen Sicherheitslogiken abgrenzen. Aufbauend auf dieser Grundlage wurden verschiedene Begriffsbestimmungen und konzeptionelle Zugänge zusammengeführt. Darauf basierend schlägt die Übersicht eine Einordnung verschiedener Raumtypen vor, die sich entlang der Dimensionen Temporalität, institutioneller Einbindung sowie formaler vs. informeller Governance verortet und so vergleichende Betrachtungen erleichtert.

Im Anschluss wurden theoretische Perspektiven darauf untersucht, wie städtische Sicherheit in solchen Räumen verhandelt wird – als räumlich, sozial und politisch geformtes Konstrukt. Ergänzend wurden gemeinschaftsbasierte Praktiken beleuchtet, die dort für Sicherheit sorgen, wo formale Mechanismen fehlen oder bewusst vermieden werden. Designorientierte Ansätze wie CPTED wurden daraufhin auf mögliche Adaptationen in diesen Räumen diskutiert. Schliesslich wurden die Governance-Strukturen und diskursiven Dynamiken analysiert, die Sicherheit in Zwischennutzungen prägen – im Spannungsfeld von Kontrolle, Teilhabe und Exklusion. Zwischennutzungen bieten somit einen wertvollen analytischen Zugang zur Untersuchung der kollektiven Produktion, Aushandlung und zum Diskurs über städtische Sicherheit.

Die systematische Literaturübersicht identifiziert zentrale Spannungsfelder zwischen Governance, räumlicher Form und gesellschaftlichen Strukturen. Bestehende Forschungsarbeiten legen nahe, dass Zwischennutzungen nicht mit klassischen Sicherheitskonzepten erfasst werden können. Anders als permanente urbane Umgebungen erfordern sie hybride Ansätze, die informelle Governance-Strukturen – basierend auf Vertrauen und sozialer Interaktion – mit kontextsensiblen formalen Elementen wie Überwachung oder Zugangskontrolle kombinieren. Gerade weil sie sich einer festen Formalisierung und Verstetigung entziehen, bergen Sicherheitsinterventionen in Zwischennutzungen ein be-

sonderes Risiko, ausschliessende Effekte zu erzeugen. Besonders kritisch ist dabei das Verhältnis von Formalität und Informalität: Während Behörden und Projektträgerinnen häufig auf top-down Kontrolle setzen, beruhen viele Zwischennutzungen auf lokalen, nutzungsnahen Praktiken. Die Literatur zeigt, dass klassische Theorien wie CPTED oder *Defensible Space* zwar Ansätze bieten, deren Umsetzung in flexiblen, temporären Kontexten jedoch bislang wenig systematisch untersucht wurde. Ob diese Konzepte eine inklusive, adaptive Sicherheit fördern können, bleibt offen.

Ein weiteres zentrales Ergebnis betrifft die Persistenz temporärer Sicherheitsmassnahmen. Untersuchungen belegen, dass aus kurzfristig gedachten Eingriffen, wie etwa Überwachung im Veranstaltungsbereich, dauerhafte räumliche Arrangements entstehen können.

Auffällig ist weiterhin, wie stark sich Sicherheitsdefinitionen, Problembeschreibungen und Adressierungen unterscheiden, da in Zwischennutzungen teils widersprüchliche Vorstellungen von Sicherheit aufeinandertreffen. Dies wirft Fragen danach auf, wie Sicherheit definiert wird, von wem, für wen, und zu welchem Zweck. Damit eröffnen diese Räume produktive Perspektiven auf die Aushandlungen zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen.

Die Literatur zeigt, dass zwischengenutzte Räume nicht nur durch ihre räumliche Lage oder ihre begrenzte Nutzungsdauer charakterisiert sind, sondern vor allem durch komplexe Governance-Strukturen. Diese sind häufig improvisiert, vielschichtig und von Aushandlungen geprägt. Gerade ihre Position zwischen Formalität und Informalität, zwischen Permanenz und Vorläufigkeit macht sie besonders geeignet, um zu untersuchen, wie urbane Sicherheit jenseits etablierter Modelle entsteht und gemeinsam gestaltet wird.

Obwohl algorithmische und „smarte“ Sicherheitstechnologien in der Stadtforschung verstärkt diskutiert werden, ist bislang wenig darüber bekannt, welche Rolle sie in temporären oder flexibel organisierten Nutzungskontexten spielen. Es bleibt offen, wie solche Technologien mit informellen oder beweglichen Steuerungsstrukturen interagieren – und ob sie die partizipativen oder adaptiven Qualitäten von Zwischennutzungen unterstützen oder einschränken.

Zudem besteht ein deutliches empirisches Forschungsdefizit: Während formale öffentliche Räume und informelle Siedlungen vergleichsweise gut untersucht sind, bleiben Zwischennutzungen – insbesondere in

rechtlich und planerisch uneindeutigen Situationen – weitgehend unterbelichtet. Vergleichende Fallstudien könnten aufzeigen, wie sich Sicherheitspraktiken in solchen Nutzungskontexten herausbilden. Auch internationale Perspektiven bergen Potenzial: In einigen Fällen ähneln die Steuerungsformen zwischengenutzter Flächen im Globalen Norden jenen informellen Siedlungen im Globalen Süden. Solche Parallelen könnten genutzt werden, um bislang getrennte Epistemologien in der Stadtforschung stärker miteinander zu verknüpfen.

Für künftige Forschung bieten sich vielfältige methodische Ansätze an: Ethnografien, räumliche Analysen und die Evaluation stadtpolitischer Massnahmen könnten helfen, die Aushandlung von Sicherheit über längere Zeiträume hinweg besser zu verstehen. Zentral wäre dabei die Einbindung von städtischen Akteurinnen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, um nachzuvollziehen, wie Interventionen umgesetzt, hinterfragt oder angepasst werden. Ergänzend könnten gestalterische Methoden – etwa durch Prototyping oder iterative Designprozesse – dazu beitragen, Sicherheitsmassnahmen als lernorientierte Governance-Experimente zu verstehen. Insgesamt stellt sich der aktuelle Forschungsstand zu Zwischennutzungen und Sicherheit als klar unterentwickelt dar. Es besteht Bedarf an konzeptioneller wie empirischer Weiterentwicklung, um diese spezifischen urbanen Konstellationen besser zu verstehen.

Insgesamt stellt sich der aktuelle Forschungsstand zu Zwischennutzungen und Sicherheit als unterentwickelt dar. Es besteht Bedarf an konzeptioneller wie empirischer Weiterentwicklung, um diese spezifischen urbanen Konstellationen besser zu verstehen.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Andres, L. (2013). Differential spaces, power hierarchy and collaborative planning: A critique of the role of temporary uses in shaping and making places. *Urban Studies*, 50(4), 759–775. <https://doi.org/10.1177/0042098012455719>
- Autero, A., de Moraes Batista Simão, M., Karppi, I., & Korvela, P.-E. (Eds.). (2024). *Smart Urban Safety and Security*. Springer. DOI: 10.1007/978-981-97-2196-2
- Berger, M. (2011). *Zwischennutzung und Stadtteilentwicklung. Untersuchung anhand eines Meinungsbilds des Erlenmatt-Areals in Basel*. Lizentiatsarbeit, Universität Basel.
- Bragaglia, F., & Rossignolo, C. (2021). Temporary urbanism as a new policy strategy: A contemporary panacea or a trojan horse? *International Planning Studies*, 26(4), 370–386. <https://doi.org/10.1080/13563475.2021.1882963>
- Bürgin, M., & Cabane, P. (1999). *Akupunktur für Basel: Zwischennutzung als Standortentwicklung auf dem Areal des DB-Güterbahnhofs in Basel*. Zürich: Metron.
- Christmann, Gabriela B. (2018): *Zwischennutzung*, In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Ed.): *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*, ISBN 978-3-88838-559-9, ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 3019-3024
- Coaffee, J. (2004). Rings of steel, rings of concrete and rings of confidence: Designing out terrorism in central London pre and post September 11th. *International Journal of Urban and Regional Research*, 28(1), 201–211. <https://doi.org/10.1111/j.0309-1317.2004.00511>.
- Colomb, C. (2012). Pushing the urban frontier: Temporary uses of space, city marketing and the creative city discourse in 2000s Berlin. *Journal of Urban Affairs*, 34(2), 131-152.
- Coward, M. (2009). Network-Centric Violence, Critical Infrastructure and the Urbanization of Security. *Security Dialogue*, 40(4-5), 399–418. <https://doi.org/10.1177/0967010609343298>
- Cozens, P. M. (2011). Planning, crime and urban sustainability. *International Journal of Law in the Built Environment*, 3(2), 99–114. <https://doi.org/10.1108/17561451111148202>
- Cozens, P., & Lowe, J. (2015). The evolution and current status of Crime Prevention Through Environmental Design (CPTED). *Property Management*, 33(5), 411-433. <https://doi.org/10.1108/PM-04-2015-0027>.
- CPTED Canada. (n.d.). CPTED principles. Retrieved February 12, 2025, from <https://cptedcanada.com/cpted-principles/>.
- Duarte, O. C., Lulham, R., & Kaldor, L. (2011). Co-designing out crime. *CoDesign*, 7(3-4), 155-168. <https://doi.org/10.1080/15710882.2011.630476>.
- Dubeaux, S., & Cunningham Sabot, E. (2018). Maximizing the potential of vacant spaces within shrinking cities: A German approach. *Cities*, 61, 107-115. <http://dx.doi.org/10.1016/j.cities.2017.06.015>
- Dubeaux, S., & Cunningham Sabot, E. (2016). Contestation et normalisation des usages du sol dans Berlin: l'ancien aéroport de Tempelhof. *Natures Sciences Sociétés*, 24, 358-370. <https://doi.org/10.1051/nss/2017004>
- Eason, J. M. (2012). Extending the hyperghetto: Toward a theory of punishment, race, and rural disadvantage. *Journal of Poverty*, 16(3), 274-295.
- Fabian, L., & Samson, K. (2016). Claiming participation – a comparative analysis of DIY urbanism in Denmark. *Journal of Urbanism: International Research on Placemaking and Urban Sustainability*, 9(2), 166-184. <https://doi.org/10.1080/17549175.2015.1056207>
- Fawaz, M., A. Gharbieh and M. Harb (2012). Living Beirut's Security Zones: An Investigation of the Modalities and Practice of Urban Security. *City & Society* 24(2): 173–195.
- Ferreri, M. (2021). *The Permanence of Temporary Urbanism: Normalising Precarity in Austerity London*. Amsterdam University Press.

- Foucault, M. (1978). *Security, territory, population: Lectures at the Collège de France, 1977-1978* (G. Burchell, Trans.). Palgrave Macmillan.
- Frisk, P., Loulie, N., & Frisk, J. (2014). *Temporary Use 2.0: A Tool for Planning and Developing the New Urban Context*. 12th Australasian Urban History/Planning History Conference. Retrieved from
- Galdini, R. (2020). Temporary uses in contemporary spaces: A European project in Rome. *Cities*, 96, 102445. <https://doi.org/10.1016/j.cities.2019.102445>
- Graham, S. (2012). *Cities under siege: The new military urbanism*. London: Verso.
- Hagmann, J. (2017). Security in the society of control: The politics and practices of securing urban spaces. *International Political Sociology* 11(4): 418-448
- Hagmann, J.; Kostenwein, D. (2021). Urban design as technology of (counter-) democratic security politics. *Swiss Political Science Review* 27(1): 193-204.
- Harvey, D. (1985). *The urbanization of capital*. Blackwell.
- Harvey, D. (2008). The right to the city. *New Left Review*, 53, 23-40.
- Haselbacher, M., Kuokkanen, K., Palonen, E., & Reeger, U. (2024). Inclusion and Exclusion in Urban Public Space: Contemporary Challenges in Vienna and Helsinki. *Urban Planning*, 9(1). <https://doi.org/10.17645/up.8291>
- Hernberg, H. (2017). Architect: Designer: Mediator – Practices of participation and the role of the architect in self-organised communities. *Architecture and Cities Review*, 19(3), 45-62.
- Ikeda, M. (2018). Temporary use of vacant urban spaces in Berlin: Three case studies in the former eastern inner-city district Friedrichshain. *Geographical Review of Japan Series B*, 91(1), 1–16. <https://doi.org/10.4157/GEOGREVJAPANB.91.1>
- Jacobs, J. (1961). *The death and life of great American cities*. Vintage Books.
- Jacobs, J. (1970). *The economy of cities*. Vintage Books.
- Jacobs, J. M., & Lees, L. (2013). Defensible space on the move: Revisiting the urban geography of Alice Coleman. *International Journal of Urban and Regional Research*, 37, 1559-1583.
- Jakaitis, J. (2015). The quality of life: Research of urban security aspects. *Civil Engineering and Architecture*, 3, 4-11. <https://doi.org/10.13189/CEA.2015.030102>.
- Jayne, M., & Hall, S. (2019). Urban assemblages, (in)formality and housing in the Global North: Comparative perspectives from London, Dublin and Amsterdam. *Housing Studies*, 34(5), 752-773.
- Kamalipour, H., & Dovey, K. (2023). Shaping public space in informal settlements: The case of Medellín, Colombia. *Journal of Urbanism: International Research on Placemaking and Urban Sustainability*, 16(1), 63–83. <https://doi.org/10.1080/17549175.2022.2045329>
- Kammer, L. (2017). Revisiting the urban cosmos—an intervention into the politics of urban assemblages. *City*, 21(6), 685-689.
- Khilani, N., & Daher, J. (2024). Tactical urbanism and the governance of temporary space: A literature review. [Forthcoming/Preprint].
- Klauser, F., & Giulianotti, R. (2010). Security governance and sport mega-events: Toward an interdisciplinary research agenda. *Journal of Sport and Social Issues*, 34(1), 49–61. <https://doi.org/10.1177/0193723509354042>
- Kuffer, M., Proietti, P., & Siragusa, A. (2023). Monitoring slums and informal settlements in Europe. European Commission, Joint Research Centre. <https://doi.org/10.2760/325575>
- Lara-Hernandez, F., Coulter, R., & Galdini, R. (2018). Temporary appropriation and urban informality: Exploring the governance of temporary spaces in European cities. *Urban Studies*, 56(7), 1285-1303.
- Lefebvre, H. (1974). *The production of space* (D. Nicholson-Smith, Trans.). Blackwell.
- Lynch, K. (1960). *The image of the city*. MIT Press.
- Madanipour, A. (2017). *Cities in time: Temporary urbanism and the future of the city*. Bloomsbury.

- Madanipour, A. (2018). Temporary use of space: Urban processes between flexibility, opportunity and precarity. *Urban Studies*, 55(5), 1093-1110. <https://doi.org/10.1177/0042098017705546>
- Massey, D. (2005). *For space*. SAGE Publications.braga
- McFarlane, C. (2011). Assemblage and critical urbanism. *City: Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Policy, Action*, 15(2), 204-224. <https://doi.org/10.1080/13604813.2011.568715>
- Morgner, C., Ambole, A. Anditi, C., & Githira, D. (2020). Exploring the dynamics of social networks in urban informal settlements: The case of Mathare Valley, Kenya. *Urban Forum*, 31(3), 1-17. <https://doi.org/10.1007/s12132-020-09389-2>.
- Newman, O. (1973). *Defensible Space: Crime Prevention Through Urban Design*. MacMillan.
- Németh, J., & Langhorst, J. (2014). Rethinking urban transformation: Temporary uses for vacant land. *Cities*, 40, 143–150. <https://doi.org/10.1016/j.cities.2013.04.007>
- Ochoa, C., & Allegri, F. (2021). Mapping intermittent spaces in Lisbon: Exploring adaptive urban security and participatory governance in temporary environments. *International Journal of Urban Studies*, 25(4), 233-256.
- Oswalt, P., Overmeyer, K., & Misselwitz, P. (2013). *Urban catalyst: The power of temporary use (Extract)*. Urban Catalyst.
- Sassen, S. (1991). *The global city: New York, London, Tokyo*. Princeton University Press.
- Seo, S., & Lee, K. (2017). Effects of CPTED on social activities and sense of community: A case study on the Cheonan Safe Village Project in Korea. *International Journal of Urban Sciences*, 21(3), 326-343. <https://doi.org/10.1080/12265934.2017.1298462>.
- Shaw, H. (2015). *A Temporary City: Temporary Use as a Tool for Urban Design in the Creation of Convivial Urban Space*. Retrieved from
- Stevens, Q. (2018). Temporary Uses of Urban Spaces: Activating Public Life in Vacant Spaces and the Role of Creative Interventions. *Urban Design Journal*, 23(2), 147-165.
- Tonkiss, F. (2013). Austerity urbanism and the makeshift city. *City*, 17(3), 312–324. <https://doi.org/10.1080/13604813.2013.795332>.
- Van de Pas, R., Kort, J., & Allegri, F. (2022). The Political Potential of Urban Informality in the Global North: A Rancierian Perspective. *International Journal of Urban and Regional Research*, 46(4), 225-245.
- Vasudevan, A. (2014). The makeshift city: Towards a global geography of squatting. *Progress in Human Geography*, 39(3), 338–359. <https://doi.org/10.1177/0309132514531471>
- Wacquant, L. (2008). *Urban outcasts: A comparative sociology of advanced marginality*. Polity Press.